

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels**

Band (Jahr): **49 (1940)**

Heft 5

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

№ 5

Basel, 1. Februar 1940

FACHORGAN FÜR DIE HOTELLERIE UND DEN FREMDENVERKEHR

№ 5

Bâle, 1er février 1940

INSERATE: Die einspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 45 Cts. Reklamen Fr. 1.50 per Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

ABONNEMENT: SCHWEIZ: jährl. Fr. 12.—, halbj. Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. AUSLAND: bei direktem Bezug jährlich Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Pablabonnemente: Preise bei den ausländischen Postämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

Eigentum des
Schweizer Hotelier-Vereins



Propriété de la
Société Suisse des Hôteliers

Erscheint jeden Donnerstag

Neunundvierzigster Jahrgang
Quarante-neuvième année

Paraît tous les jeudis

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 45 cts., réclames fr. 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS: SUISSE: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'ETRANGER abonnement direct: 1 an, 15 fr.; 6 mois, 8 fr. 50; 3 mois, 5 fr.; 1 mois, 1 fr. 80. Abonnement à la poste: demander le prix aux offices de poste étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Postcheck- & Giro-Konto No. V 85

Redaktion u. Expedition: Gartenstrasse No. 112, Basel
Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: Dr. Max Riesen

TELEPHON
No. 27934

Rédaction et Administration: Gartenstrasse No. 112, Bâle
Druck von Emil Birkhäuser & Cie., A. G., Basel

Compte de chèques postaux No. V85

Fremdenverkehrspropaganda nach dem Kriege

Die Reorganisation der Verkehrswerbung ist im Altjahr noch durch das Parlament abschliessend behandelt worden. Es ist nun am Bundesrat, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Ordnung zu bezeichnen.

Über dem Ungewissen, das uns die Zukunft bringt, dürfen wir die Zeit nicht versäumen und abwartend nur der Gegenwart leben. Sicherlich muss auch dieser Krieg einmal aufhören. Wie er ausfallen mag, was für einen Frieden die heute Kriegführenden schliessen werden, wissen wir nicht. Europa wird am Ende dieses Krieges ärmer sein, und die Völker werden unter schwerem Steuerdruck stehen. Das Bedürfnis zum Reisen wird aber nicht kleiner sein. Nachdem die Bevölkerung während des Krieges das eigene Land nicht verlassen konnte, wird die Reiselust des Einzelnen und der Wunsch nach anderen Menschen, nach anderer Umgebung und anderen klimatischen Verhältnissen doppelt so gross sein.

Gleichzeitig aber werden auch die vermarmten Länder keine Anstrengungen scheuen, den Touristenstrom auf ihre Mühlen zu lenken. Der Konkurrenzkampf um den Gast wird neu entbrennen. Sind wir nach dem Kriege bereit und haben wir die Zeit benützt, die uns während des Krieges zur Verfügung stand? Hierüber müssen wir uns rechtzeitig Rechenschaft geben. In der Tagespresse und den Fachzeitschriften taucht die Frage, was getan werde, immer wieder auf. Weite Kreise des Fremdenverkehrs befassen sich schon heute mit dem Wie und Wo des künftigen Werbeprogramms.

Mit der neu organisierten S. Z. V. haben wir ein Instrument in der Hand, das — wenn richtig genützt — uns in die Lage versetzt, mit einer gut durchdachten, wohl vorbereiteten und schlagkräftigen Werbung in den Konkurrenzkampf zu treten. Ohne sich schon heute in einem Programm darüber festzulegen, wie sich die zukünftige Werbung zu gestalten habe, so müssen wir uns doch klar sein, wie sich der finanzielle Aufbau zu gestalten hat. Wir wissen, dass dank der Reorganisation der S. Z. V. mehr Mittel zufließen werden, andererseits zufolge der Übernahme der S. B. B.-Agenturen auch grössere Lasten zu tragen sind. Wir mögen uns auch bewusst sein, dass die bereits heute zugesicherten Mittel noch nicht genügen und wir für vermehrte Einnahmen besorgt sein müssen. Dabei sollten aber keine höheren Beitragsleistungen der Regionen angestrebt, sondern diese wenn möglich entlastet werden.

In erster Linie muss der gesetzliche Logiernächtebeitrag für Propaganda eingeführt werden. Die in dieser Richtung unternommenen Vorarbeiten sind leider durch den Krieg unterbrochen worden. Sie müssen baldigst neu aufgenommen und zu einem guten Ende geführt werden. Es geht nicht mehr, dass nur die Mitglieder des S. H. V. ihre Beiträge an die Propagandastellen entrichten, während die weitem fast 50% der Beherbergungsbetriebe ausschliesslich Nutzniesser sind. In diesem Kampfe um den Platz an der Sonne haben alle finanziell mitzuhelfen.

Die Träger des Fremdenverkehrs, also in erster Linie die Hotellerie, aber auch die Verkehrsanstalten, werden geschwächt aus diesem Kriege hervorgehen. Diese wirtschaftliche Einbusse zwingt uns um so mehr, mit der Mitarbeit aller zu rechnen. Es dürfte nachgerade auch dem letzten Bürger bekannt

sein, was der Fremdenverkehr für die schweizerische Volkswirtschaft bedeutet und welches die Folgen wären, wenn es uns nicht gelingt, diese Quelle des Wohlstandes nach dem Kriege wieder rasch neu zu beleben.

Bereit sein heisst alles. Im gegebenen Zeitpunkt müssen wir mit unserer wohl durchdachten Werbung hervortreten. Um eine sofortige Aktionsfähigkeit zu sichern, ist die neue Organisation der S. Z. V. ohne Verzug auszubauen. Wenn unsere Armee aus dem Grenzdienst entlassen wird, so muss in der Zwischenzeit hinter der Front alles so vorbereitet worden sein, dass die Soldaten ohne Schwierigkeiten wieder ihren alten Zivilberuf aufnehmen können.

Wir erwarten von unserem Bundespräsidenten, Herrn Pilet-Golaz, dass er im Bundesrat für eine baldige Inkraftsetzung der neuen Ordnung einsteht werde.

L. Meisser.

Förderung des Winterverkehrs

Auf eine Kleine Anfrage von Nationalrat Condrua antwortete der Bundesrat:

„Die schweizerischen Transportanstalten, welche im Rahmen der Gesetze und Konzessionen in ihrer Tarifgestaltung frei sind, konnten sich wegen ihrer ungünstigen Finanzlage zu einer Fahrpreismässigung zugunsten des Winterverkehrs, die den Rahmen der zurzeit in Kraft bestehenden Sonntagsbillette überschreiten würde, nicht entschliessen. Um indessen so viel als möglich zur Belebung des Winterverkehrs beizutragen, bewilligten sie für die von den Reisebureaus veranstalteten Gesellschaftsfahrten ermässigte Fahrpreise und führen selbst in vermehrtem Mass solche Fahrten (mit Einzelrückreise innert zehn Tagen) aus. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die Kosten der intensiven Werbung für den Winterverkehr in der Hauptsache vom Bund bestritten werden.“

Gewiss, der Bund leistet Erhebliches, um eine intensivere Inlandswerbung zu ermöglichen. Die Propaganda könnte aber um ein Beträchtliches eingeschränkt werden, wenn sie über ein besonders zugkräftiges Argument verfügte. Als ein solches wäre ohne Zweifel die Gewährung irgendeiner auf den Wintersport zugeschnittenen Spezialvergünstigung anzusprechen. Für Werbeargumente dieser Art, die einen preislichen Vorteil in Aussicht stellen, hat das Publikum wesentlich mehr Verständnis, als für ein noch so schmissiges Plakat mit allgemeinen Redewendungen.

Gerade weil sich der diesjährige Winterbetrieb zur Hauptsache als ein Wochenendverkehr auswirkt, wobei die Frequenzballung an Samstagen und Sonntagen durch die Sonntagsbillets noch gefördert wird, sollte versucht werden, den Reiseverkehr auch an den übrigen Wochentagen etwas anzukurbeln und zu beleben. Die Gewährung der ermässigten Fahrpreise für Gesellschaftsreisen vermag in dieser Richtung wenig zu verbessern, weil das Inlandspublikum im allgemeinen kein Freund dieser Kollektivreisen ist und sich jedenfalls die Terminwahl für Winterferien frei halten möchte und sich vielfach nicht nach den von den Bahnen vorgeschriebenen Daten richten kann.

Bekanntlich stehen die ausländischen Bahnreisenden immer noch im Genuss der dreissigprozentigen Fahrvergünstigung auf dem schweizerischen Eisenbahnnetz. Die vom Bund übernommene Deckung des den Bahnen hiebei entstehenden Einnahmenschlusses gilt nach wie vor, und die hierfür notwendigen Kredite stehen zur Verfügung. Wie wäre es, wenn diese Beträge, die seit Kriegsausbruch ja kaum mehr für ihren ursprünglichen Zweck verwendet werden können, der Förderung des Inlandsreiseverkehrs

zugute kämen? Bei Gewährung nennenswerter Ermässigungen (z. B. einfach für retour) auf den Bahnen im Falle z. B. eines wenigstens 5 oder 7 Tage dauernden Aufenthaltes an einem Wintersportplatz, würde sich doch mancher Ferienlustige oder Sportbegeisterte zu einem eigentlichen Ferienaufenthalt anstatt nur für einen Wochenendausflug entschliessen und zudem weiter entfernte Winter-Stationen aufsuchen. Unter dem Regime des Sonntagsbillets begnügt sich der Wintersportler mit dem nächst erreichbaren Skigebiet, um die ihm zur Verfügung stehende knapp bemessene Freizeit gut auszunützen, die er sich durch Eisenbahnfahrten möglichst wenig kürzen lassen will. Für Transportanstalten und Hotels ergibt sich daraus eine Frequenzspitze innerhalb anderthalb Wochenendtagen, die wirtschaftlich wenig einträglich ist, weil sie nur auf Kosten des Verkehrsvolumens der übrigen Wochentage geht. Durch zweckmässigen Einsatz der für den Auslandsfremdenverkehr bestimmten aber dort nicht verwendbaren Bundesmittel zur Verbilligung der Inlandsreisen liesse sich der Winterverkehr nicht nur besser auf alle Wochentage verteilen, sondern es ergäbe sich daraus eine zusätzliche Reisendenbewegung, die den Eisenbahnen und Hotels in den gegenwärtigen Zeiten doppelt zustatten käme.

Trinkgeld und Ausgleichskasse

Nach Artikel 8 der Ausführungsverordnung zum Bundesratsbeschluss über die Lohnausgleichskassen kommen für die Festsetzung der Beitragspflicht beider Parteien alle Einnahmen in Betracht, die ordentlicherweise als Folge des Anstellungsverhältnisses erwartet werden, also auch die Provisionen des Handelsreisenden oder die Trinkgelder des Hotel- und Gastwirtschaftspersonals. Die ursprünglich in Hotelierkreisen und auch in unserem Zentralvorstand mehrheitlich vertretene Auffassung, wonach der Arbeitgeber nur für den von ihm tatsächlich ausbezahlten Lohn, also nicht für das vom Gast entrichtete Bedienungsgeld abgabepflichtig sei, ist also behördlicherseits nicht anerkannt worden. Wenn das Patronat in bezug auf die Rubrizierung des Trinkgeldes anderer Meinung war, als die Behörden, so nicht etwa um einer sozialen Verpflichtung auszuweichen, sondern aus prinzipiellen kaufmännischen Überlegungen heraus. Die gesamte Betriebsrechnung, das Unterkontokonto, die Preisgestaltung, die Rentabilitätsermittlung und nicht zuletzt auch die bisherigen Steuerleistungen stützten sich ausschliesslich auf die Lohnkosten, die dem Patron unmittelbar aus Entrichtung des Barlohnes und aus den in Natura erfolgten Leistungen entstehen. Nirgends spielt das Trinkgeld hinein, da der Arbeitgeber hier nur den Vermittler, den Bankier und Treuhänder darstellt, dessen Geschäftsrechnung durch die Bedienungsgelder in keiner Weise tangiert wird. Es fehlt daher, rein betriebswirtschaftlich gesehen, an jeder Voraussetzung, dem Hotelier eine Lohnzahlung zuzuschreiben, die er gar nicht leistet.

Das Bestreben, die Beitragsbasis zugunsten der Ausgleichskasse zu erweitern, ist begreiflich, doch sollte deswegen den durch die Praxis erhärteten betriebswirtschaftlichen Grundsätzen eines Gewerbes nicht Gewalt angetan werden. Normalerweise würde sich der Fiskus energisch dagegen wehren, wenn der Hotelier, um möglichst grosse Unkosten ausweisen zu können, die von den Gästen stammenden Trinkgeldbeträge seinem Lohnkonto zurechnen wollte.

Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: Die Lohnausgleichskassen — Der Hopla-Prozess — Aus dem Auslande. Seite 3: Neuordnung der Zuteilung von Rationierungsausweisen — Marktmeldungen — Aus den Sektionen. Seite 4: Aus den Verbänden — Saisonnotizen.

Wesentlicher für den Betriebsinhaber ist aber noch die Frage der Tragbarkeit dieser zusätzlichen zweiprozentigen Abgabe auf die Trinkgeldbeträge. Sie macht für mittlere Betriebe schon einige hundert Franken im Jahre aus, denen keinerlei Gegenwert, keine zusätzliche Einnahme gegenübersteht. Die an und für sich schon zu knappe Marge für den Bruttoertrag ist zufolge der auf der ganzen Linie eingetretenen Verteuerung sämtlicher betriebswichtiger Waren noch mehr verengert worden. Der verbleibende Bruttoüberschuss genügt schon längst nicht mehr, um neben den laufenden Zinsen auch noch Abschreibungen zu tätigen, geschweige denn neue Steuerlasten zu decken. Es gibt eben eine untere Grenze, die keine Überschreitung mehr zulässt, selbst wenn es sich „nur um wenige hundert Franken“ handelt. Lässt also der Betriebsüberschuss keine Marge mehr offen, um die vermehrten Aufwendungen auszugleichen, so kommt nur noch die Erhöhung der Verkaufspreise um den Betrag der zusätzlichen Gestehungskosten in Frage; wenn ohne Verlust weitergearbeitet werden soll. In unserem besonderen Fall stehen zwei Möglichkeiten offen: die zwei Prozent zur Trinkgeldablösung hinzuzurechnen und sie dem Gaste spezifiziert in Rechnung zu stellen, oder den Betrag zu allen übrigen seit Kriegsausbruch eingetretenen Mehrbelastungen hinzuzunehmen und die Gesamtheit der Mehraufwendungen generell durch einen Preisanschlag auf die gegenwärtig noch gültigen Ansätze abzugelten.

Die letztere Lösung hat manches für sich, doch ist es vielleicht nicht sehr klug, sie heute schon vorweg zu nehmen. Es stehen bekanntlich noch einige neue Bundessteuern in sicherer Aussicht, welche zum Teil auch die Hotelbetriebe treffen werden. Eine teilweise Überwälzung auf den Gast wird auch hier kaum zu umgehen sein. Da deren Ausmass heute noch nicht bekannt ist, erscheint es angezeigt, erst die Auswirkungen der kommenden Fiskallasten abzuwarten, um dann in einer einzigen generellen Preisrevision diesen neuen Unkostenposten Rechnung zu tragen, wobei der Sprung nach oben allerdings gleich etwas kräftig ausfallen könnte.

Werden vorläufig nur die Ausgleichskassen-Beiträge zugeschlagen und mit der Trinkgeldablösung erhoben, so handelt es sich für den einzelnen Gast um einen unbedeutenden Mehrbetrag, der zudem einfach zu begründen wäre. Die Preispolitik der nächsten Zukunft, die von der weiteren Gestaltung der Marktverhältnisse abhängt, wäre dadurch nicht präjudiziert. Die letztere Lösung dürfte, weil sie auch die einfachere und weniger einschneidende ist, wohl viele Befürworter für sich haben. Jedenfalls muss sich die Hotellerie bald mit den aufgezeigten Möglichkeiten auseinandersetzen, nachdem die Beitragspflicht schon mit dem 1. Februar in Kraft getreten ist. Der Zentralvorstand SHV. wird sich wohl in seiner nächsten Sitzung damit befassen, doch wäre es wünschenswert, wenn sich auch Stimmen aus den Mitgliederkreisen hiezu frei äussern wollten.

Beachten Sie auf Seite 3 die Mitteilungen über die neue Zuteilung von Rationierungsausweisen an kollektive Haushaltungen!

Aus dem Bundeshaus

Die Lohnausgleichskassen

Die Verhandlungen über den Erlass der besonders für das Gastgewerbe geltenden Weisungen sind zwischen den beteiligten Fachverbänden und dem Biga noch nicht zum Abschluss gekommen. Es ist aber mit der baldigen behördlichen Sanktionierung der Vereinbarung zu rechnen. Unsere Sektionen und Mitglieder werden raschmöglichst über die genauen Richtlinien und Vorschriften orientiert.

Da der SHV keine eigene Ausgleichskasse einrichten wird, sollen sich die Mitglieder der lokalen oder regionalen Kassen des Gewerbes und der Industrie anschliessen, wobei es empfehlenswert erscheint, wenn die Sektionen geschlossen den betreffenden Kassen beitreten. Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement erlässt an alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Weisung, der wir die nachstehenden Angaben entnehmen:

Arbeitgeber

Alle Arbeitgeber haben vom 1. Februar 1940 hinweg 4 % von jeder Gehalts- oder Lohnzahlung zu zahlen für die in Betracht kommenden Ausgleichskasse zur Verfügung zu halten. Für die Hälfte dieser Leistung werden sie bei jedem Zahllag den gehalts- oder lohnbeziehenden Arbeitnehmer belasten.

Die Beitragspflicht umfasst alle Dienstverhältnisse, also auch die ihrer Natur nach nur vorübergehend bei einem Arbeitgeber, wie die Anstellung als Tagelöhner oder als Aushilfe u. dgl. Geschlecht, Alter und Nationalität der Arbeitnehmer spielen hier keine Rolle. Andererseits gelten Personen, die im Betrieb oder Haushalt naher Verwandter tätig, aber nicht nachweisbar bei ihnen in Anstellung sind — wie Familienangehörige eines Landwirts oder des Inhabers eines Gastwirtschaftsgewerbes — nicht als im Dienstverhältnis stehend.

Für den erstmaligen Beitrag kommt nur der Lohn in Betracht, der auf die Zeit seit dem 1. Februar 1940 entfällt.

In Bezug auf die Festsetzung und Schätzung des Naturallohnes und auf die Berechnung des Lohnes in den Fällen, in denen dieser nicht nach festen Ansätzen ausgerichtet wird, wie beim Einkommen der Handelsreisenden und des Hotel- und Gastwirtschaftspersonals, sollen noch besondere Weisungen des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes erlassen werden.

Die Arbeitgeber haben vom 1. Februar 1940 hinweg für die Auszahlung der Lohnausfallentschädigung an den Wehrmännern besorgt zu sein, die bei ihnen beim Einrücken in den Aktiviendienst in Anstellung waren. Die erste Auszahlung der Lohnausfallentschädigung bezieht sich nur auf die Tage, die auf die Zeit vom 1. Februar ab entfallen.

Vom 1. Februar 1940 ab tritt für alle Fälle, in welchen die Wehrmänner Anspruch auf Lohnausfallentschädigung haben, an Stelle der Auszahlung der Wehrmannsunterstützung durch die Gemeinde die Auszahlung der gesamten Lohnausfallentschädigung durch den Arbeitgeber, bzw. durch die Ausgleichskasse.

Die Auszahlung der Lohnausfallentschädigung erfolgt in Abständen, welche den ordentlichen Zahllagsterminen entsprechen, spätestens aber am Ende der betreffenden Aktivdienstperiode des Wehrmannes.

Der Arbeitgeber soll die Lohnausfallentschädigung nur ausrichten, wenn er im Besitze der dazu erforderlichen Angaben des Wehrmannes ist. Diese Angaben sind vom Arbeitgeber vor der Auszahlung im Rahmen der ihm zumutbaren Sorgfalt auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

Die Bescheinigungen der Wehrmänner über den geleisteten Aktivdienst sind vom Arbeitgeber mit der monatlichen Abrechnung der Ausgleichskasse zu übermitteln.

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement wird in Bezug auf die Festsetzung des massgebenden Lohnes bei einer nur ausnahmeweisen oder periodischen Betätigung sowie bei einer solchen, die saisonweisen Schwankungen unterworfen ist, besondere Weisungen erlassen. Allfällige Weisungen bleiben vorbehalten.

Für die Berechnung der Lohnausfallentschädigungen werden gedruckte Tabellen zur Verfügung stehen, die die Anwendung der Vorschriften erleichtern, ebenso eine gedruckte Zusammenfassung der Bestimmungen nach städtischen, halbstädtischen und ländlichen Verhältnissen. Jede Gemeindeauskunftsstelle ist im Besitze dieser Tabellen. Letztere können bei der Ausgleichskasse zum Selbstkostenpreise bezogen werden. Jede durch den Arbeitgeber ausbezahlte Lohnausfallentschädigung muss, wenn Kontrollen erfolgen, belegt werden können.

Arbeitgeber, denen die Auszahlung einer Lohnausfallentschädigung im Laufe des Monats Februar 1940 obliegt, können von der kantonalen Ausgleichskasse, bzw. von ihrer Verbandsausgleichskasse, für die Auszahlung, wenn nötig, einen angemessenen Vorschuss verlangen. Mit dem Gesuch sind die Namen der in Betracht fallenden Wehrmänner, deren Zivilstand und die Zahl der Kinder unter 18 Jahren ohne Eigenverdienst, sowie der massgebende Lohn anzugeben. Der geschuldete Arbeitgeber hat ferner die Höhe der Einnahmen und das Datum ihres Eintrags anzugeben, die ihm aus der Beitragspflicht von % jeder Gehalts- oder Lohnzahlung im Laufe des Monats Februar zu fließen.

Die Arbeitgeber haben der Ausgleichskasse der sie angeschlossen sind, für jeden Monat bis zum zehnten Tag des folgenden Monats eine Abrechnung einzureichen, umfassend die vereinnahmten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, die ausbezahlten Lohnausfallentschädigungen und die allfälligen Vorschüsse; dafür sind die von der Ausgleichskasse zur Verfügung gestellten Formulare zu verwenden. Über die Ablieferung allfälliger Überschüsse sind die Anordnungen der Ausgleichskasse zu befolgen.

Ist der betreffende Arbeitgeber nicht einer Verbandsausgleichskasse oder einer besonderen Ausgleichskasse angeschlossen, so hat er die Abrechnung der kantonalen Ausgleichskasse einzureichen.

Der Abrechnung ist ein Verzeichnis der Wehrmänner beizufügen, für die die vom Arbeitgeber während der Rechnungsperiode Lohnausfallentschädigungen ausbezahlt wurden. Das

Formular für dieses Verzeichnis ist bei der Ausgleichskasse zu beziehen. Die Arbeitgeber haben sich der Kontrolle der zuständigen Organe ihrer Ausgleichskassen über die Erfüllung ihrer Pflichten zu unterziehen und diesen Organen die Einsicht in die Belege und in die in Betracht fallenden Bücher zu gestatten.

Arbeitnehmer

Jeder Wehrmann hat dem Arbeitgeber, bei dem er im Zeitpunkt des jeweiligen Einrückens in den Aktiviendienst in Anstellung war, über folgende Punkte wahrheitsgetreue Angaben zu machen:

- a) Führen eines eigenen Haushaltes;
- b) Zivilstand;
- c) Zahl der Kinder im Alter bis zum vollendeten 15. Jahr;
- d) Zahl der Kinder zwischen dem vollendeten 15. und dem vollendeten 18. Altersjahr ohne Eigenverdienst;
- e) Anspruch auf Kinderzulagen für weitere Personen, die in seinem Haushalt leben;
- f) Anspruch auf Haushaltentschädigung, wenn der Wehrmann ohne Frau und Kind ist, aber in seinem Haushalt unterstützungsberechtigte Verwandte aufgenommen hat;
- g) Datum des Einrückens in den Aktiviendienst;
- h) Adresse der Familienangehörigen, welche die Lohnausfallentschädigung in Empfang zu nehmen haben.

Für diese Angaben stehen Formulare (Formular I) zur Verfügung, die beim Arbeitgeber, bei der militärischen Einheit oder bei der Gemeindeauskunftsstelle bezogen werden können.

Ist der Wehrmann vor seinem Einrücken in den Aktiviendienst weniger als vier Wochen, bzw. bei monatlicher Lohnzahlung weniger als einen Monat bei seinem Arbeitgeber in Anstellung, oder arbeitete er bei mehreren Arbeitgebern, so hat er zwecks Berechnung des massgebenden Lohnes das Erforderliche über seinen Verdienst bei den früheren Arbeitgebern bzw. bei den Nebenarbeitgebern anzugeben.

War der Wehrmann während der letzten 12 Monate vor dem Einrücken, die Zeit des Militärdienstes nicht eingerechnet, ganz oder teilweise in Saisonbetrieben angestellt, so werden die Arbeitstage, die auf die Zeit dieser Anstellung entfallen, für die Berechnung der 150 Tage, die gefordert sind, mit 3 zu 5 in Arbeitstage einer Jahresstunde umgerechnet. Für Tagelöhner findet die Umrechnung mit 4 zu 5 statt.

Voraussetzung für die Auszahlung einer Lohnausfallentschädigung ist der Nachweis einer entsprechenden Aktivdienstleistung. Dieser Nachweis ist auf Formular (Formular II) durch die Bescheinigung des Rechnungsführers der militärischen Einheit, die je auf den ersten Tag des Monats einzuholen ist, zu erbringen. Eine gleiche Bescheinigung hat sich der Wehrmann am Ende jeder Aktivdienstperiode ausstellen zu lassen. Die Bescheinigung sind an den Arbeitgeber bzw. an die Ausgleichskasse (wenn diese die Lohnausfallentschädigung ausrichtet) sofort weiter zu leiten. Für die Bescheinigungen stehen beim Rechnungsführer der Einheit Formulare zur Verfügung.

Umschau

Der Hotelplan-Prozess vor Bundesgericht

Wie die Tagespresse bereits berichtete, hat das Bundesgericht am 23. Februar 1940 die Zivilklage des Hotelplans zu einem geringeren Teil gutgeheissen und den Schweizer Hotelier-Verein sowie seinen Direktor solidarisch zu Fr. 5000.— Genugung, zur Publikation des Urteils in vier schweizerischen Tageszeitungen und zu einem entsprechenden Anteil der Prozesskosten verurteilt. Das Urteil des Bundesgerichtes entspricht, abgesehen von der Publikation, ungefähr dem Resultat, das wir von Beginn dieses Streites hinweg durch einen Vergleich mit dem Hotelplan stets anstrebten. Allerdings schlugen wir einen solchen Vergleich deshalb vor, weil wir die ganze Streitangelegenheit als durch die Zeit überholt betrachteten und weil wir die Meinung vertraten, Hotelplan und Hotelier-Verein hätten Besseres zu tun, als sich wegen ein paar Kampfinsaraten vor den Gerichten herumzuschlagen.

Der Schlichterscheid ist auch für den Hotelplan nichts weniger als erfreulich, obschon er ja grundsätzlich moralischer Sieger geliebt ist. In seinen Prozessschriften machte der Hotelplan einen ziffermässigen Schaden von Fr. 92785.— geltend. Vor den Gerichten klagte er einen Betrag von Fr. 50000.— ein, gleichzeitig mit dem Begehren, es sei dem Hotelier-Verein zu verbieten, Behauptungen zu verbreiten wie: Die Klägerin, d. h. also der Hotelplan, bezwecke nicht eine Hilfe für die Hotelierie und die Verkehrsunternehmen, sondern verfolge politische Ziele, diese von der Klägerin befolgten Ziele seien als diktatorisch zu qualifizieren, die Politik und die Auswirkung der Hotelplan-Aktion sei antizozial, diese Aktion habe keinen zusätzlichen Fremdenverkehr in die Schweiz gebracht, die dem Hotelplan angeschlossenen Unternehmen müssten unter ihren Gestehungskosten und ihrem Existenzminimum arbeiten. Entgegen diesen weitgehenden Begehren des Hotelplans sprach die erste Instanz in Basel nur einen Genugungs- und Schadensbetrag von Fr. 30000.— zu. Das Appellationsgericht Basel-Stadt lehnte die Klage des Hotelplans bekanntlich überhaupt gänzlich ab, und das Bundesgericht schliesslich gewährte nur einen Genugungsbeitrag von Fr. 5000.—, also bloss einen Zehntel der geltend gemachten Schadensforderung. Alle weitergehenden Begehren des klägerischen Hotelplans kamen überhaupt nicht mehr in Frage.

Der Zuspruch der Fr. 5000.— Genugung seitens des Bundesgerichtes erfolgte deshalb, weil nach Ansicht des Gerichtshofes zwei Ausdrücke im dritten Inserat der Direktion des Schweizer Hotelier-Vereins eine schwere Verletzung persönlicher Verhältnisse darstellten. Die Forderung nach Schadenersatz wurde vom Bundesgericht in Bestätigung des Entscheides des Appellationsgerichts Basel-Stadt gänzlich abgelehnt.

Aber auch die Genugungsfrage war, wie nun den drei gefällten Urteilen zu entnehmen ist, eigentlich eine reine Ermessensfrage. Das Bundesgericht war der Auffassung, dass die beiden ersten Inserate der Direktion des Schweizer Hotelier-Vereins den Rahmen des Zulässigen nicht überschritten. Einzig das dritte Inserat unter der Überschrift „Das goldene Kalb“, in welchem der Hotelplan als Schädling der schweizerischen Wirtschaft und Politik dargestellt

wurde, als ein Volksbetrug, dessen sichtbare Mängel mit Lügen und Banknoten verdeckt würden, kam nach Ansicht des Bundesgerichtes sowohl in Bezug auf die angetane Verletzung als auch das Verschulden als zu weitgehend in Betracht. Allerdings wurde auch gegenüber diesem Verhalten anerkannt, dass das Vorangehende Inserat des Hotelplans mit seinen Unwahrheiten über eine Anti-Hotelplan-Versammlung in Luzern provozierend gewirkt habe; dennoch seien aber die Angriffe des Hotelier-Vereins nicht entschuldbar. Die reine Zufälligkeit solcher Ermessensfragen ergibt sich daraus, dass die Vorinstanzen auf andere Ausdrücke in den verschiedenen Inseraten bedeutend mehr Gewicht legten.

In Bezug auf die Höhe der Genugungssumme und die Frage der Publikation des Urteils war die Auffassung im Bundesgericht nicht einheitlich. Bezüglich der Höhe der Genugung bemerkte eine Mehrheit, dass der Betrag von Fr. 5000.— jedenfalls ein Maximum darstelle, das unter den gegebenen Verhältnissen gesprochen werden könne. Bezüglich Publikation ging ein Minderheitsantrag dahin, sie fallen zu lassen, indem es sich um einen drei Jahre zurückliegenden Streit handle und sich die Zeiten in zwischen so geändert hätten, dass es kaum angezeigt sei, alle diese Dinge wieder in Erinnerung zu rufen.

Wir waren im Hotelier-Verein von jeher der Ansicht, dass man die Akten dieser Pressekampagne schon vor Jahren hätte schliessen dürfen. Ein praktisches Resultat aus diesem Prozess ergibt sich nicht. Auch nicht für den Hotelplan. Beide Parteien haben für diesen Prozess nur Geld ausgeben müssen. Der Hotelplan seinerseits behauptete und macht heute noch geltend, er sei durch das Vorgehen des Hotelier-Vereins stark geschädigt worden. Auch wir unterseits weisen auf eine grosse Schädigung. Tatsächlich leidet die schweizerische Hotelierie heute noch darunter, dass sie im Herbst 1935 unter dem Druck der Hotelplan-Aktion ihre Preise um einen hohen Prozentsatz herabsetzen musste. Diese nachweisbar gewaltige Einbusse ist seither nicht mehr eingeholt worden. Wir müssen uns damit abfinden, ebenso wie wir das Urteil des Bundesgerichtes hinnehmen; aber wir hoffen, dass auch der Hotelplan nun ein Gleiches tut, indem er in Zukunft die Hotelierie nicht wieder vor unannehmbare Tatsachen stellt, die ihr wohl oder übel den Kampf auszuwingen.

Ferien- und Wirtschaftsausgaben im Familienbudget

Seit einer Reihe von Jahren führen eine Anzahl Berner Haushaltungen aus Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenkreisen sorgfältig Buch über alle Einnahmen und Ausgaben des Familienhaushaltes. Die letzte statistische Verarbeitung dieser Unterlagen, die sich auf das Jahr 1937/38 stützen, ergibt manchen interessanten Fingerzeig über die Lebenshaltung der Durchschnittsfamilie, ihre Bedürfnisse und ihre Bedeutung als Konsumtenfaktor. Wissenswert für das Gastgewerbe sind die nachfolgenden Feststellungen; die sich auf Vergleiche zwischen den Jahren 1920 und 1937/38 beziehen:

Die Ausgaben des Haushaltes für Wein sind in dieser Zeit um 65 % auf Fr. 48.—, für Bier um 1 % auf Fr. 40.50 und für Branntwein um 44 % auf Fr. 6.— zurückgegangen. Im gesamten genommen haben die Ausgaben für alkoholhaltige Getränke um 51 % ab. Ganz entgegengesetzt war die Entwicklung bei den Ausgaben für Tabakwaren und alkoholfreie Getränke. Für letztere wuchsen die Ausgaben um 166 % auf Fr. 18.— an. Für Rauchwaren hat sich der Aufwand um 12 % auf Fr. 47.— gesteigert.

Sehr bemerkenswert ist ferner die stetige Zunahme des Ausgabenanteils für Ferien und Erholung in den Gesamtausgaben. Er stieg von 1920 bis 1937/38 um 259 % auf 389 % der Gesamtausgaben und beziffert sich auf Fr. 248.— Wenn aus diesen Angaben, die sich auf die Buchhaltung von weniger als 100 Haushaltungen stützen, nicht ohne weiteres verallgemeinert werden dürfen, so lassen sie doch gewisse Rückschlüsse auf die Umsichtung der Lebensbedürfnisse zu. Sie bestätigen zudem zahlenmässig die vom Gastwirtschaftsgewerbe schon längst gemachte Beobachtung, dass der Wirtschaftskonsum und vorab der Alkoholgenuss ganz erheblich abgenommen hat, während die Ausgaben für Sport, Wochenendausflüge und andere Vergnügen entsprechend zunahmen.

FRAGE und ANTWORT

Frage Nr. 157: **Kraftverbrauch eines elektrischen Boilers.** Kann jemand aus Kollegenkreisen zuverlässige, auf Erfahrung beruhende Angaben über Kraftverbrauch eines elektrischen Boilers (zirka 1500 Liter), welcher 80 Waschtölpel und 6 Bäder alimentieren sollte, machen? Infolge der enormen Preissteigerung des Brennstoffes und eventuellem Mangel desselben möchte ich die bisherige Ölheizung zur Warmwasserversorgung durch einen elektrischen Boiler ersetzen. Bitte um Beantwortung ist sehr erwünscht und wird im voraus bestens verdankt.
G. J.

Aus dem Auslande

Der deutsche Fremdenverkehr

Das statistische Reichsamt veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse des Fremdenverkehrs im Deutschen Reich für das Sommerhalbjahr 1939 (1. April bis 30. September). In dieser Zeit wurden in 1674 Fremdenverkehrsstellen total 10,39 Millionen Fremdenmeldungen und 90,78 Millionen Fremdenübernachtungen gezählt, wovon unter 9,05 Millionen Meldungen und 2,79 Millionen Übernachtungen von Ausländern fremden. In den vorstehenden Gesamtzahlen sind 16,18 Millionen entgeltliche Übernachtungen in Privatquartieren inbegriffen. Man erkennt daraus, welchen Umfang die gewerbmässige Privatimmervermietung an Fremde in Deutschland angenommen hat, fallen doch nicht weniger als 18 Prozent der Logiernächte auf Privatunterkunft.

Ein Vergleich mit den ersten fünf Sommermonaten des Vorjahres (der Monat September wird als Kriegsmontat beiseite gelassen) ergibt für den gesamten Fremdenverkehr eine Zunahme der Übernachtungen von 6 Prozent. Die Logiernächte der Ausländerfremden haben dagegen um 35 Prozent abgenommen. Wie sehr die unsichere politische Lage des vergangenen Sommers im Dritten Reich den Besuch aus dem Auslande beeinträchtigt, geht daraus hervor, dass in einzelnen von den Ausländern besonders gut frequentierten Gebieten der Ausfall erheblich über dem Landesmittel liegt. So sind die Logiernächte der Gäste mit ständigem Wohnsitz im Auslande in Süddeutschland um 41 und im Sudental um 68 Prozent zurückgegangen. Der Ausfall an Ausländern in den Bädern, Kur- und Erholungsorten wird mit 42 Prozent angegeben.

Von den 2,75 Millionen Übernachtungen Ausländerfremder entfallen mit je 11 Prozent die beiden grössten Kontingente auf Italiener und Holländer. Die Schweizer stellten am 7. Stelle und erbrachten 6 Prozent (1,76495) Übernachtungen.

Seit Kriegsausbruch ist nun die Fremdenverkehrsstatistik getarnt worden, indem nur mehr die absoluten Zahlen zur Veröffentlichung gelangen, dagegen der Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres diskret unterbleibt. Die Gesamtzahl der Übernachtungen ging im September 1939 um rund 6 Millionen auf 4,2 Millionen zurück. Die Logiernächte der Ausländerfremden schrumpften von 2,9 Millionen auf 86 Prozent auf 0,45 Millionen zusammen. Etwas weniger krass war die Rückwärtsbewegung im Oktober 1939, für welchen Monat total 3,56 Millionen Übernachtungen registriert wurden gegen 5,86 Millionen im Vorjahr. Die Logiernächte der Ausländerfremden sanken in dieser Zeit auf 0,102 Millionen, waren also „nur“ um 70 Prozent geringler als im Vergleichsmonat 1938.

Aufhebung der deutschen Fahrpreismässigungen

Neben den etwa 35 Sondertarifen, welche für die deutschen Reisenden selbst bisher in Frage kamen und die mit Wirkung ab 15. Januar durch die Reichsbankdirektion aufgehoben wurden, fällt ab 1. Februar nun auch die Fahrpreismässigung für Ausländer in Deutschland dahin. Diese betrug, wie erinnerlich, bis zu 60 Prozent und war in den letzten Jahren — nicht zuletzt für manche Schweizer — ein besonderer Anreiz, um Ferienreisen nach Deutschland zu unternehmen. Nachdem der Fremdenverkehr bereits durch den Kriegszustand empfindlich abgedrosselt wurde, dürfte die Aufhebung der Sondertarife für Ausländerfremden den Reiseverkehr praktisch nun ganz lähmen.

Sparame Verwendung des Prospektmaterials

Im offiziellen Organ des deutschen Fremdenverkehrsverbandes wird aus Gründen der Kosten- und Papierersparnis grösstmöglichstes Haushalten mit Verbschriften verlangt. Vor allem ergeht an die Reisebureaux die Weisung, sparsam mit dem Werbematerial umzugehen und Neubestellungen nur in kleineren Mengen und der wirklich benötigten Anzahl vorzunehmen. Nachbestellungen sollen erst nach Verbrauch des Vorrates gemacht werden. Es dürfe nicht mehr vorkommen, dass nach Ablauf der Sommer- oder Winterzeit die noch übrig geliebten Prospekte einfach fortgeworfen werden. Eine derartige Verschwendung sei nicht mehr zu verantworten. Diese Ermahnung zur Sparsamkeit dürfte auch bei uns angebracht sein und verdient ebenfalls entsprechende Beachtung.

Dem Gastgewerbe in Südtirol

Insider trotz der andauernden Förderung des inneren Reiseverkehrs die Rückwirkungen des europäischen Konflikts nicht erspart geblieben. Aus dem Amtsblatt der Bozener Präfektur geht hervor, dass infolge des durch die internationale Lage verursachten Mangels an Gästen manche Hotels und Pensionen, besonders Saisonernehmen, gezwungen sind, den Betrieb einzustellen. Die Regierung kommt ihnen, wie die N.Z.F. berichtet, entgegen, indem sie bewilligt, dass die Betriebe mehr als nur drei Monate geschlossen bleiben dürfen, ohne dass die Lizenz verfällt.

Personal-Aufruf

Die Kontrollstelle für Trinkgeldordnung besitzt Fr. 250.75, welche auf Grund eines Verfahrens vom Hotel-Pension Miraflore (J. Spaeti) in Brissago als noch zu verteilende Trinkgelder aus der Zeit vom 1. Juli 1936 bis 30. April 1937 bei ihr einbezahlt wurden.

Da die Adressen der damals beschäftigten trinkgeldberechtigten Angestellten nicht bekannt sind, werden Angestellte, welche innert der oben angegebenen Zeit im genannten Hause trinkgeldberechtigt beschäftigt waren, ersucht, sich bis spätestens 29. Februar 1940 unter Belgabe ihres Arbeitsausweises bei uns zu melden.

Kontrollstelle für Trinkgeldordnung
Marktgasse 3, Basel.

Trifft Weltfame Weine!



Proben und Preisliste zu Diensten

Bar- und Sachtgutscheine

im deutsch-schweizerischen Reiseverkehr

bleiben, wie uns der Schweizer. Fremdenverkehrsverband mitteilt, bis zum 30. September 1940 gültig, auch wenn sie durch Aufdruck auf ein früheres als dieses Datum befristet sind.

Zentralbureau SHV, Basel.

Eine Hochzeitskonjunktur der Londoner Hotellerie

Immer mehr englische Soldaten lassen sich während eines kurzen Heimaturlaubes in London kriegsrauen. Einige der führenden Londoner Hotels sahen hier eine neue Möglichkeit, Gäste zu gewinnen und entschlossen sich, den Soldatenbrautpaaren Vorzugsarrangements zu offerieren. So bietet das berühmte Savoy Festdiner, nachfolgendem Tanzvergnügen und Cabaretprogramm, Zimmer mit Privatbad und Frühstück zu 3 Pfund pro Paar. In Friedenszeiten wäre ein solches Hochzeitsvergnügen auf gegen 10 Pfund zu stehen gekommen. Andere bekannte Grosshotels sind diesem Beispiel gefolgt, und die Presseberichte aus London zufolge machen die Brautleute in vermehrter Masse von diesem Sonderangebot Gebrauch. Allein das Savoy zählte in den letzten Wochen bereits über 30 solcher Hochzeitszeiten. Sowohl die Hoteliers als das Publikum bezeichnen dieses Arrangement als "a very popular innovation!"

Aus den Sektionen

Basler Hotelier-Verein

Die gutbesuchte ordentliche Generalversammlung, die letzten Freitag im Touring-Hotel unter der bewährten Leitung des Vereinspräsidenten Herrn F. Lutz stattfand, nahm einen ebenso harmonischen wie erspriesslichen Verlauf. Die statutarischen Geschäfte fanden eine rasche Erledigung. Die Jahresrechnung, die erstmals seit vielen Jahren mit einem Ausgabenüberschuss, der auf einige ausserordentliche Ausgabenposten zurückzuführen ist, abgeschlossen wurde unter Verdankung an den gewissenhaften „Finanzminister“ genehmigt. Das Budget befreitigt sich wegen der Ungewissheit der nächsten Zukunft grösster Sparsamkeit. Ihr fielen auch die Subventionen teilweise zum Opfer, wobei sich der Beitrag an den Verkehrsverein einen erheblichen Abstrich gefallen lassen musste. Der Vorstand hatte eine etwa dreissigprozentige Reduktion der Mitgliederbeiträge vorgesehen, wird aber, nachdem nun die Ausgaben endgültig festgelegt sind, die Einnahmenseite ebenfalls einer Revision unterziehen, sodass die Mitglieder möglicherweise noch günstiger wegkommen werden. Der Vorstand, bestehend aus den Herren: F. Lutz, Präsident; A. Brüderlin, Vizepräsident; M. Schlegel, Kassier; F. Greub und F. W. Hochuli, sowie Dr. Zimmermann als Sekretär wurde verdienstweise in globo bestätigt. In der Wiederwahl kam nicht nur die Anerkennung für die bisherige Tätigkeit der Vereinsleitung, sondern auch der Wunsch zum Ausdruck, während der Kriegs-

Kriegswirtschaftliche Massnahmen und Marktmeldungen

Neuordnung der Zuteilung von Rationierungsausweisen an die kollektiven Haushaltungen ab 1. Februar 1940

Die kollektiven Haushaltungen erhalten seit Beginn der Lebensmittel-Rationierung die zum Einkauf von rationierten Lebensmitteln benötigten Grossbezügler-Coupons auf Grund von monatlich neu auszufüllenden Bezugsantragsformularen. Die relativ günstige Versorgungslage des Landes in den meisten Lebensmitteln, sowie die Notwendigkeit zur Einsparung von Druck- und Papierkosten führen das Kriegsernährungsamt dazu, die Organisation der Zuteilung von Grossbezügler-Coupons an die kollektiven Haushaltungen zu vereinfachen. Dadurch ist es möglich, die Organisation den Bedürfnissen der Wirtschaft und den tatsächlichen Verhältnissen besser anzupassen.

Die hauptsächlichsten Änderungen der neuen Organisation gegenüber der bisherigen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Meldeformulare werden nicht mehr monatlich ausgegeben, sondern vorläufig nur noch einmal Ende Januar 1940. Dieses Meldeformular dient als Grundlage für die Beurteilung aller weiteren Bezugsanträge.
- Die Zuteilung von Rationierungsausweisen erfolgt nicht mehr auf Grund eines monatlichen Bedarfes, sondern auf Grund eines durch die zuständige Stelle zu beurteilenden und festzulegenden Jahresbedarfes.
- Der kollektive Haushalt kann jeden Monat diejenige Menge an Rationierungsausweisen beziehen, die seinen besonderen Verhältnissen entspricht. So z. B. kann er seine Einkäufe den Minimalmengen für Grossbezügler-Preise oder den usanzgemässen Verpackungen anpassen, auch wenn dieselben einen durchschnittlichen Monatsbedarf übersteigen. Weiter ist es einem Betrieb mit unterschiedlicher Frequenz ohne weiteres möglich, in Konjunktur-Zeiten grössere Bezüge und in flauen Monaten kleinere Einkäufe zu tätigen. Grundsätzlich darf jedoch innerhalb des Jahres nicht mehr bezogen werden, als die zuständige Stelle für den Jahresbedarf bewilligt hat. Auch dürfen Vorbezüge ein durchschnittliches 3-Monatsbetreffnis nicht übersteigen. In speziellen Fällen kann die kantonale Zentralstelle auf Antrag einen über drei Monate hinausgehenden Vorbezug bewilligen, sofern dies die bestehenden Vorräte erlauben.
- Saison-Betriebe können schon heute, auch wenn ihr Betrieb erst im Sommer eröffnet wird, ein Meldeformular ausfüllen und Februar-Grossbezügler-Coupons beziehen, um die für den Sommerbetrieb benötigten Lebensmittel zu den heute verhältnismässig günstigen Preisen einkaufen zu können. In ähnlicher Weise erlaubt die neue Organisation die Winterversorgung in Bergregionen.
- Um die Ausgabe von Grossbezügler-Coupons und persönlichen Lebensmittelkarten zu vereinfachen, kann jeder Kanton oder jede Gemein-

destelle von folgender Möglichkeit Gebrauch machen: Die kollektive Haushaltung einschliesslich der für persönliche Lebensmittelkarten bezugberechtigten Personen (z. B. Betriebsinhaber, Leiter, Angestellte, Verwaltungs- und Pflegepersonal und der ständig im Betrieb verkostigten Familien-Angehörigen) können als Betriebseinheit behandelt werden. Grundsätzlich erfolgt dann die Zuteilung von Rationierungsausweisen auf Grund des gesamten Umsatzes des Betriebs. Hievon werden die von Gästen einziehbaren persönlichen Lebensmittelkarten in Abzug gebracht, so dass die Bezugsanträge den Bedarf für Gäste ohne Rationierungsausweise, Familien-Angehörige und Angestellte umfassen. Für diesen Bedarf kann der Betriebsinhaber nach seiner Wahl Grossbezügler-Coupons oder persönliche Lebensmittelkarten beziehen (Karten für austretende Angestellte, in die Ferien reisende Familienglieder usw.).

Bezugsberechtigte

Als kollektive Haushaltungen gelten: Betriebe des Gastgewerbes wie Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Kostgeberien, Herbergen, Wirtschaften, Restaurants, Cafés, Bars, Tea-Rooms (ohne gewerbliche Bäckerei und Konditorei), Arbeiterkantinen, Wohlfahrtshäuser usw.)

Anstalten, wie Heil- und Pflegeanstalten, Spitäler, Sanatorien, Institute, Pensionate, Internate, Altersasyle, Armenanstalten, Strafanstalten usw.

Hauswirtschaftlicher Unterricht, Haushaltungsschulen und Kochkurse. In Haushaltungsschulen und Kursen, in Internaten erfolgt der Lebensmittelbezug auf Grund der persönlichen Lebensmittelkarte. Für alle übrigen Kurse, insbesondere Abendkurse, sind Gesuche um Zuweisung von Lebensmitteln auf Bezugsantragsformular C an die zuständige Stelle zu richten.

Feststellung des Jahreskontingentes. Zur Feststellung des Jahreskontingentes werden den kollektiven Haushaltungen von den kantonalen Instanzen die Meldeformulare zur Verfügung gestellt. Ein Exemplar wird von der Bewilligungsstelle aufbewahrt, ein weiteres Exemplar wird dem Antragsteller mit Angabe des bewilligten Jahreskontingentes zurückgegeben.

Grundsätzlich hat der Jahresbedarf auf den gesamten Umsatz des Betriebes abzustellen. Hievon sind die von den Gästen einziehbaren persönlichen Lebensmittelkarten in Abzug zu bringen, so dass die Bezugsanträge den Bedarf für Gäste ohne Rationierungsausweise, Familienangehörige und Angestellte umfassen.

Zur besonderen Beachtung

Diese Neuordnung berührt die getroffenen Anordnungen für die Vorratshaltung in keiner Weise. Diese ist nach wie vor von grösster Wichtigkeit. Wenn Bezugssperren angeordnet werden müssen, so gelten sie auch für die kollektiven Haushaltungen.

Zur Milchpreisfrage

Hierzu teilt der Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten mit:

Seit Eintritt der Winterfütterung und unter dem Einfluss der grossen Kälte ist die Milchzeugung in einer Weise gesunken, wie dies seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall war. Die Versorgung der Städte mit genügend Konsummilch konnte deshalb in den letzten Monaten nur mit ausserordentlichen Schwierigkeiten gesichert werden. Eine bedeutende Erschwerung und Verteuerung erfährt die Produktion sodann durch die gestiegenen Preise für Futtermittel und zahlreiche Artikel des täglichen Bedarfs, sowie den Mangel an erfahrener Melker- und Bedienungspersonal. Da der Milchpreis schon vor Eintritt dieser Verhältnisse ungenügend war, ist eine angemessene Erhöhung desselben unvermeidlich geworden.

Angesichts der Ablehnung des Bundesrates, auf den 1. Februar eine Heraussetzung des Konsummilchpreises eintreten zu lassen, hat die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten beschlossen, auf diesen Termin einen Aufschlag von 1 Rp. für die Produzenten durchzuführen, unter vorläufiger entsprechender Belastung des Milchstützungsfonds. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, unverzüglich bei den Bundesbehörden vorstellig zu werden, um in möglichst kurzer Frist eine weitere Verbesserung des Produzentenpreises um 1 Rp. zu erwirken unter Verhältnissen, die eine auf die Länge untragbare Beanspruchung des Garantiefonds ausschliessen.

Marktmeldungen

I. Gemüsemarkt: Spinat per kg 100 bis 110 Rp.; Rosenkohl per kg 100-120 Rp.; Weisskabis per kg 30-35 Rp.; Rotkabis per kg 35 bis 40 Rp.; Kohl per kg 40-45 Rp.; Blumenkohl, gross, per Stück 100-110 Rp.; Blumenkohl, mittel, per Stück 80-90 Rp.; Blumenkohl, klein, per Stück 60-70 Rp.; Kopsalat per Stück (zirka 200 g) 25-35 Rp.; Endivialsalat per Stück 20-25 Rp.; Brüsseler Chicoree per kg 110 bis 130 Rp.; Karotten, rote, per kg 30-35 Rp.; Rändeln, gekocht, per kg 35-45 Rp.; Rändeln, roh, per kg 25-30 Rp.; Schwarzwurzeln per kg 70-90 Rp.; Sellerieknollen per kg 45-55 Rp.; Zwiebeln per kg 30-40 Rp.; Lauch per kg 50 bis 60 Rp.; Kartoffeln per 100 kg 18-21 Fr.

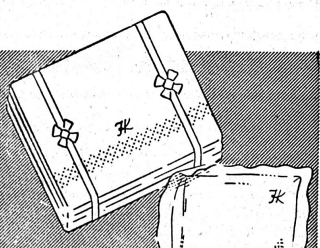
II. Früchtemarkt: Äpfel, Auslese, per kg 70-80 Rp.; Äpfel, Standardware, per kg 40 bis 50 Rp.; Kochäpfel per kg 25-35 Rp.; Birnen per kg 60-70 Rp.; Baumnüsse per kg 100-120 Rp.; Orangen per kg 60-70 Rp.; Mandarinen per kg 60-70 Rp.; Zitronen per Stück 5-8 Rp.; Kastanien per kg 60-80 Rp.; Bananen per kg 140 bis 160 Rp.

III. Eiermarkt: Trinkeier per Stück 20 bis 21 Rp.; gewöhnliche Eier per Stück 17-18 Rp.; ausländische Eier per Stück 15-16 Rp.; alles Grösse 53-60 Gramm, leichtere Ware billiger.



COURVOISIER
COGNAC
THE BRANDY OF NAPOLEON

Agence générale: JEAN HAECKY IMPORTATION S.A., BASEL



Bettwäsche
immer von der
LEINENWEBEREI
LANGENTHAL A. G.
IN LANGENTHAL

Woldecken, Steppdecken, Daunen-Steppdecken, Duvetsdecken u. Kissen



Umarbeiten von Duvets in la. Steppdecken, ebenso Neuüberziehen von alten Steppdecken etc.

Steppdecken u. Bettwaren-Fabrik
A. Staub & Cie.
Seewen (Schwyz)

Rheinweinflaschen

1/16 und 1/8 Liter in schönem, grünem Glas. Grosse Vorräte in Bordeaux- und Burgunder-sowie Liqueur- und Mineralwasserflaschen.

Glashütte Bülach A.G. in Bülach
Telephon Nr. 5 Illustrierte Preisliste

Hotel-Sekretärkurse

Spezialausbildung in allen für den modernen Hotel- u. Restaurantbetrieb notwendigen kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Fächern einschliesslich Fremdenverkehrs, Sonderlehrgänge für den Receptions-, Dolmetscherdienst, Individueller Unterricht, Rasche und gründliche Ausbildung, Diplome, Stellenvermittlung. Jeden Monat Neuaufnahme. Auskunft und Prospekte durch
GADEMANN'S FACHSCHULE, ZÜRICH, Gesnerstrasse 32.

Für Hotelliers.
AUS LIQUIDATION DER LANDI

Tische 80/80 cm, div. runde Gartentische, Vorhänge, sowie Küchenfische verschiedene Grössen, Sehr schöne Bräunung, Küchenabfälle, Kupfer, für elektr. Kochherd, alles in gutem Zustand und sehr preiswürdig abzugeben.

Auskunft Betr. Bestichtigung u. Preisen erteilt Tel. 5 33 15, Zürich, bis 9 Uhr vorm., oder Postfach Sthpost 268, Zürich.

Hoteldirektor

Infolge Rücktrittes des bisherigen, langjährigen Inhabers, wegen Übernahme eines eigenen Geschäftes, ist die Stelle des Direktors des
Hotel Kurhaus Schwefelbergbad
neu zu besetzen. — Gut frequentiertes Berghotel mit Schweizerkundschaft, 100 Betten (Sommerbetrieb) und grossem Pensionsverkehr. Bewerber mit fachkundiger Ehefrau belieben detaillierte Offerten zu richten an G. Kocher, Notar in Biel.

Für Hotel-Restaurant, Jahresgeschäft, in der Ostschweiz wird tüchtiger, initiativer
Direktor gesucht.

Eintritt nach Uebereinkunft. — Ausführliche Offerten mit Gehaltsansprüchen sind zu richten unter Chiffre R.L. 2579 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Offerten von Vermittlungsbureaux

auf Inserate unter Chiffre bleiben von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

WASSERSCHÄDEN

an Gebäuden, Mobilien und Waren durch die sanitären und Zentralheizungsinstitutionen sowie durch Regenwasser, verursacht z. B. durch Frost, Verstopfung, Überlauf, Bruch oder Defekt der Installationen, Unvorsichtigkeit od. Böswilligkeit; mit Einschluss der Reparatur- und Ersatzkosten für Leitungen und Apparate versichert zu vorteilhaften Bedingungen

Vertrags-Gesellschaft des Schweizer Hoteliervereins seit 1907

Jean Hedinger, Zürich Bahnhofstrasse 81
Direktion der „Allg. Wasserschaden- und Unfallversicherungs-A.-G., Lyon“

A louer pour tout de suite un chalet-restaurant

avec environs 3 hectares de terrain cultivable. Joli but de promenade dans les environs immédiats de la ville de Fribourg. — S'adresser aux Entreprises Electriques Fribourgeoises, Pérolles 25, à Fribourg.

Für intelligenten, sehr empfehlenswerten Jüngling wird
Kochlehrstelle

in gutes Hotel oder in Restaurantbetrieb gesucht, wo er den Beruf gründlich erlernen kann. Offerten an die Berufsberatungstelle Gisp-Oberfrick (Aargau).

Occasionen

Autom. Waagen ab Fr. 200.—, auch andere Waagen. National- und Ankerkassen ab Fr. 230.—, Aufschlitzmaschinen, Elektr. Kaffeemühlen, alles zw. Küchenmaschinen etc. Frau Sig, Zähringerstrasse 11, Zürich 1.

Wenn Sie

Hotel-Möblier zu verkaufen haben od. zu kaufen suchen, dann hilft Ihnen eine Annonce in der Schweizer Hotel-Revue

Bekanntmachung!

Die Kurse werden wie bisher weitergeführt, denn die fachliche Erthüchtigung darf nicht stille stehen; Stillstand ist Rückschritt!

Kochkurs 4. März bis 27. April
Altkenntnis erforderlich für Anweisung einer soliden, sichern Grundlage in Theorie u. Praxis des Küchenbetriebs für jeden, dem eine solche Grundlage nützlich sein kann.

Abschluss-Servierkurs
12. Februar bis 9. März. Beste Gelegenheit zur gründlichen Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse und Fähigkeiten im Service-Fach (besonders auch für Servierköche).

Mixkurs 19.—28. Februar — Mixen, Bar-Wein- und Getränkekunde in Theorie u. weitgehender Praxis. Kursleiter: Harry Schraemli. Spezialprospekt verlangen. Prospekt sofort auf Verlangen. — Telefon 2 55 51

SCHWEIZ. HOTELFACHSCHULE LUZERN

Horgen-Glarus-Stühle
sind beste Schweizer Qualitäts-Arbeit.

HORGEN-GLARUS

A.-G. Möbelfabrik Horgen-Glarus in Horgen

Chef de cuisine ou seul

Ires références cherche engagement ou remplacement hôtel, restaurant ou clinique. Libre de suite. — S'adresser à E. Burri, St-Laurent 2, Lausanne.

REVUE SUISSE DES HOTELS

Bâle, 1er février 1940

N° 5

ORGANE PROFESSIONNEL POUR L'HOTELLERIE ET LE TOURISME

Bâle, 1er février 1940

N° 5

Au jour le jour

Les pourboires et les caisses de compensation

L'art. 8 de l'ordonnance d'exécution de l'arrêté fédéral sur les caisses de compensation pour perte de salaires, prévoit que le montant de la quote-part à verser par les deux parties sera basé sur toutes les recettes perçues par l'employé, recettes qui sont les conséquences normales de son contrat de travail. Il faudra ainsi tenir compte des commissions que reçoivent les voyageurs de commerce et des pourboires touchés par les employés d'hôtels et de restaurants. L'opinion que les milieux hôteliers firent entendre dès le début, opinion qui a été présentée maintes fois par notre comité central, fut que l'hôtelier n'était imposable pour ces caisses de compensation que sur la somme effectivement payée par lui à l'employé et non sur la part du salaire que l'employé reçoit directement du client. Malheureusement, cette façon de voir n'a pas été retenue par nos autorités. Si le patron n'est pas du même avis que les autorités quant à cette rubrique des pourboires, ce n'est pas pour échapper à des obligations sociales mais parce qu'il s'agit d'une question de principe au point de vue commercial. Le compte général d'exploitation, le compte de frais généraux, la structure même des prix, la rentabilité de l'entreprise, et enfin les impôts eux-mêmes sont influencés par les frais de salaires qui incombent au patron sous forme de salaires fixes et de prestations en nature. Or les pourboires n'interviennent pas dans ces divers comptes, car l'hôtelier n'est qu'un intermédiaire, il n'est que le banquier et il semble anormal, au point de vue purement économique, de mettre à son compte le paiement de salaires qui ne le concernent pas.

Il est très compréhensible que l'on cherche à étendre le plus possible les bases sur lesquelles ces caisses seront fondées, mais il ne faudrait pas pour cela faire violence à des principes économico-socialement établis par la pratique. Le fisc lui-même s'opposait énergiquement à ce que l'hôtelier ne surcharge son compte de frais généraux en y incorporant dans le compte des salaires des sommes qui sont payées en fait par les hôtes.

En outre, on peut se demander encore si cette taxe de 2 % sur les pourboires serait supportable pour le propriétaire d'une entreprise. Cela représente déjà pour des maisons moyennes une somme de quelque centaines de francs par an sans qu'il y ait de contre valeur, sans qu'il y ait aucune recette supplémentaire. Or, la marge qui permet d'obtenir un rendement brut est déjà fortement limitée par suite du renchérissement de toutes les marchandises essentielles pour notre industrie. L'excédent de recette enregistré ces dernières années ne permet plus, depuis longtemps, de payer les intérêts courants et de faire des amortissements; par conséquent, on pourra bien moins encore couvrir de nouveaux investissements. On a atteint une limite inférieure qu'il n'est plus possible de dépasser, même s'il ne s'agit que de quelques centaines de francs. Si l'on ne veut pas travailler à perte, il faut augmenter le prix de vente afin de pouvoir compenser les frais généraux supplémentaires et, dans le cas qui nous intéresse ici, nous ne voyons que deux possibilités: soit compter à part les 2 % sur les pourboires et les faire figurer sur la note des clients, soit incorporer cette taxe aux charges nouvelles qui nous sont imposées depuis de début de la guerre et procéder à une augmentation générale des prix.

Cette dernière solution présente bien des avantages, mais il ne serait peut-être pas très habile de vouloir la réaliser déjà maintenant, car on sait que divers impôts fédéraux, dont quelques-uns concernent l'hôtellerie, sont introduits prochainement et, là aussi, il sera difficile de ne pas en faire supporter une partie par les hôtes. Comme on ne sait encore à combien ils s'élèveront, il semble indiqué d'attendre qu'on ait pu en constater les effets. On pourra procéder alors à une augmentation générale des prix qui tiennent compte de ces nouveaux frais généraux.

Pour le moment, si la quote-part à verser à la caisse de compensation (quote-part concernant les pourboires), était calculée avec ceux-ci et effectuée sur la note au client, il en résulterait pour le dernier un paiement insignifiant qui serait facile de justifier et la politique de prix qui dépend complètement des futures conditions du marché, ne subirait ainsi aucun préjudice. Cette solution qui paraît la plus simple est préconisée par de nombreuses personnes. En tous cas, il faut que l'hôtellerie trouve bientôt une solution à ce problème car l'obligation de contribuer aux caisses de compensation entre en vigueur le 1er février. Le comité central s'occupera de cette question dans sa prochaine séance, mais il serait très désirable que nos membres veuillent bien nous donner leur opinion à ce sujet.

L'attribution des coupons de rationnement aux ménages collectifs dès le 1er février 1940

Depuis le début du rationnement, les ménages collectifs reçoivent les coupons de grandes rations nécessaires à leur approvisionnement sur la base d'une requête qui doit être présentée chaque mois.

Pour la plupart des denrées rationnées, les conditions d'approvisionnement sont relativement favorables. Cet état de choses, comme aussi la nécessité de réduire les frais de payer et d'impression, nous ont engagé à simplifier l'attribution des coupons de grandes rations aux ménages collectifs. Nous pouvons dès lors mieux adapter cette organisation aux besoins et à la situation effective de ces entreprises.

Voici les principales modifications apportées à l'organisation:

Les formulaires de requête mensuelle disparaissent. Ils sont remplacés pour le moment par un seul formulaire paraissant à la fin de janvier 1940. Ce formulaire sert de base pour l'appréciation de toutes les demandes postérieures.

L'attribution des pièces de rationnement ne se base plus sur les besoins d'un mois, mais sur les besoins de l'année, qui doivent être déterminés par l'Office compétent.

Chaque mois, les ménages collectifs peuvent se procurer un nombre de coupons de pièces de rationnement correspondant à leurs besoins. Dès lors, chacun pourra profiter des prix avantageux pour les achats en gros ou sous emballage usuel, même lorsque les quantités dépassent les besoins moyens d'un mois. D'autre part, les entreprises dont le degré de fréquentation varie beaucoup pourront faire des achats plus élevés pendant les époques d'affluence et les réduire en périodes creuses.

Dependant, en principe, on ne peut pas se procurer pendant une année plus de la quantité autorisée pour l'année. Enfin, les achats à titre d'avance ne doivent pas être supérieurs aux besoins moyens de 3 mois. Dans des cas spéciaux, dûment motivés, les centrales cantonales, sur demande, autoriser des achats dépassant les besoins de 3 mois, à condition que l'état des stocks le permette.

Les exploitations saisonnières qui n'ouvriront qu'au cours de l'été peuvent remplir déjà maintenant un formulaire de requête et demander des coupons pour grandes rations du mois de février. Ces coupons leur permettront d'acheter les denrées nécessaires pour l'été aux prix relativement favorables d'aujourd'hui. Les mêmes principes sont applicables à l'approvisionnement d'hiver des régions montagneuses.

Les ayants droit.

Sont considérés comme ménages collectifs:

Les exploitations hôtelières: hôtels, auberges, pensions, restaurants, cafés, bars, tea-rooms (à l'exclusion des tea-rooms rattachés à des boulangeries et pâtisseries), réfectoires pour ouvriers, maisons de bienfaisance, etc.

Etablissements tels que: maisons de santé, hôpitaux, sanatoria, instituts, pensionnats, asiles de vieillards, asiles pour indigents, pénitenciers, etc.

Enseignement ménager et cours de cuisine. Les internats se procureront les denrées alimentaires nécessaires au moyen des cartes individuelles. Pour tous les autres cours, notamment les cours du soir, les demandes seront adressées à l'Office compétent au moyen du formulaire de requête C).

Fixation du contingent annuel.

A cet effet, on se servira du formulaire de requête F. L'office compétent conservera un exemplaire, le second est retourné au requérant avec indication du contingent annuel autorisé. Si l'Office compétent n'est pas rattaché à la centrale cantonale, il faudra un troisième exemplaire destiné à celle-ci.

En principe, les quantités attribuées pour l'année doivent se baser sur les besoins totaux de l'entreprise. Comme nous l'avons déjà dit, on soustraira de ce chiffre les quantités correspondant aux cartes personnelles des hôtes; dès lors les requêtes correspondront aux besoins pour les hôtes sans pièces de rationnement, les membres de la famille et les employés.

Le procès contre l'Hôtel-Plan devant le Tribunal fédéral

Comme on a déjà pu l'apprendre par la presse quotidienne, le Tribunal fédéral a, en date du 23 janvier, admis pour une petite part la plainte civile de l'Hôtel-Plan et a condamné la Société Suisse des Hôteliers et son directeur, solidairement, à fr. 5.000.— à titre de réparation pour tort moral, à la publication du jugement dans 4 grands journaux quotidiens suisses et au paiement d'une partie des frais. A l'exception de la publication du jugement, l'arrêt du Tribunal fédéral correspond à peu près au résultat que nous avons essayé d'atteindre, depuis le début du conflit, en proposant un compromis à l'Hôtel-Plan. Nous ne proposons toutefois un tel compromis parce que nous estimons que le temps avait jeté son ombre sur cette affaire et que l'Hôtel-Plan et la Société Suisse des Hôteliers avaient mieux à faire que de se battre devant les tribunaux pour quelque campagne d'annonces.

Même si on est en principe le vainqueur moral de cette affaire, l'Hôtel-Plan n'a guère à se réjouir de cette décision finale. Dans les pièces figurant au procès, l'Hôtel-Plan faisait valoir qu'il avait subi un dommage évalué à la somme de fr. 92.785.—. Devant les tribunaux, il réclamait une indemnité de fr. 50.000.—, demandant que l'on interdise à la Société des hôteliers de répandre des affirmations disant que la demande, c'est-à-dire l'Hôtel-Plan, n'a pas comme but de venir en aide à l'hôtellerie et aux entreprises touristiques, mais qu'elle poursuit des buts politiques qui peuvent être qualifiés de dictatoriaux, que la politique et les résultats de l'action menée par l'Hôtel-Plan sont anti-sociaux, que cette action n'a pas contribué à une augmentation du trafic touristique en Suisse, que les établissements qui avaient adopté l'Hôtel-Plan devaient travailler en dessous de leurs prix de revient et que leur assurance pas un minimum d'existence. Abondant dans le sens des prétentions exorbitantes de l'Hôtel-Plan, le tribunal de première instance de Bâle-Ville lui accorda une somme de fr. 30.000.—

pour dommages et intérêts et à titre de réparation moral. Par contre, on sait que la Cour d'appel de Bâle-Ville débouta complètement l'Hôtel-Plan de sa plainte. Quant au Tribunal fédéral, il lui a accordé une somme de fr. 5.000.— à titre de réparation morale, soit seulement le dixième de l'indemnité à laquelle l'Hôtel-Plan prétendait avoir droit. Il n'est plus question non plus de toutes les prétentions exagérées de la plaignante.

La première section civile du Tribunal fédéral a accordé la somme de fr. 5.000.— à titre de réparation morale car, suivant le point de vue de la cour, 2 expressions figurant dans la troisième annonce émanant de la Direction de la Société Suisse des Hôteliers représentaient une atteinte aux intérêts personnels de l'Hôtel-Plan. Mais, confirmant l'arrêt de la Cour d'appel de Bâle-Ville, le Tribunal fédéral refusa absolument toute indemnité pour dommages matériels.

Mais, comme on peut le constater par les trois jugements qui ont été rendus, la réparation morale est à proprement parler une question purement arbitraire. Le tribunal fédéral a estimé que les deux premières annonces publiées par la Direction de la Société Suisse des Hôteliers ne dépassaient pas les limites du licite. Seule la troisième annonce, parue sous le titre «Le Veau d'Or», où l'Hôtel-Plan était représenté comme étant nuisible à l'économie et à la politique suisse, comme trompant le peuple et comme couvrant ses défauts apparents par des mensonges et des billets de banque, a été jugée exagérée par le Tribunal fédéral, car elle pouvait porter atteinte aux intérêts personnels et de la plaignante. Toutefois, même à ce sujet, on a reconnu que l'annonce précédente de l'Hôtel-Plan, annonce qui contenait des indications mensongères sur une soi-disant «Assemblée anti-Hôtel-Plan» ayant eu lieu à Lucerne, constituait une provocation; mais, malgré cela, les attaques de la Société Suisse des

Le tourisme en Suisse pendant l'été 1939

Communiqué du Bureau fédéral de statistique

Le mouvement hôtelier pendant les mois de juin à septembre 1939 a aussi été, comme durant l'été de l'année précédente, fortement influencé par les événements politiques. L'atmosphère de menaces de guerre et le déclenchement de la catastrophe le 1er septembre ont gravement atteint l'ensemble du tourisme en Suisse alors que les crises autrichiennes et tchécoslovaques avaient uniquement eu pour conséquence de faire diminuer quelque peu l'affluence des hôtes étrangers.

Les arrivées des hôtes suisses furent de 89.000 de plus pour cent, leurs nuitées de 524.000 ou de 12 pour cent inférieures à celles de l'été 1938, quoique l'Exposition nationale ait procuré aux hôtels zurichois une extraordinaire affluence sur laquelle nous reviendrons encore.

Les touristes étrangers ont diminué dans une proportion bien plus forte que ceux du pays; le déficit s'élevait à 271.000 ou 30 pour cent pour les arrivées et à 1.142.000 ou 29 pour cent pour les nuitées. Le nombre des nuitées des hôtes de Grande-Bretagne et des Etats-Unis a fléchi de plus de deux cinquièmes tandis que la diminution des nombres correspondants relatifs aux touristes des pays voisins de même que de la Hollande et de la Belgique sont restés au-dessous de la moyenne établie pour l'ensemble des hôtes étrangers. L'affluence des hôtes italiens, notamment, fut à peu près la même que durant l'année précédente.

Domicile des hôtes	Arrivées		Nuitées	
	Eté 1938	Eté 1939	Eté 1938	Eté 1939
En Suisse	1.007.105	917.716	4.354.281	3.830.124
A l'étranger	907.761	636.670	3.920.920	2.779.107
Total	1.914.866	1.554.386	8.275.201	6.609.231

Par les 1.554.000 arrivées et les 6.609.000 nuitées nous obtenons pour cette année 1939 au total une fréquentation d'été de nos hôtels et pensions inférieure à celle de juin à septembre 1936, époque où le point le plus bas avait été surmonté après la dévaluation (1.622.000 arrivées et 6.677.000 nuitées).

La durée moyenne des séjours dans les hôtels et pensions comprenait 4,2 jours pour les hôtes suisses et 4,4 jours pour ceux de l'étranger. La différence par rapport à l'année précédente est imperceptible. La comparaison entre ces valeurs moyennes de séjour des étrangers a, cette fois, peu de sens parce que la durée moyenne de séjour pour le mois de septembre est montée à pas moins de 13,6 jours. Les causes de cet extraordinaire développement seront encore exposées.

Ces résultats mensuels reflètent les différentes phases qui ont abouti au drame politique actuel. En juin et juillet, alors que la crise européenne était caractérisée par une inquiétude générale, le nombre des nuitées diminua de 10 pour cent. En août, le manque de sécurité se transforma en une véritable panique d'avant-guerre et, vers la fin de ce mois, les stations hôtelières se vidèrent rapidement; le nombre des nuitées diminua encore de 19 pour cent. Septembre, le premier mois de la guerre, accusa une différence encore plus grande et la chute fut alors de 50 pour cent. Ce nombre nous laisse entrevoir les difficultés que le tourisme nous réservera à l'avenir. Il ressort clairement des résultats de septembre que nous devons nous attendre à une aggravation de la fréquentation de nos hôtels par les étrangers.

Durant ce mois, les nuitées des hôtes étrangers furent de 61 pour cent inférieures à celles de la période correspondante de l'année précédente et les arrivées même de 87 pour cent. Comme nous le disions déjà, la durée moyenne de séjour s'était alors élevée à 13,6 jours précisément parce que le nombre des arrivées s'était davantage réduit que celui des nuitées. Mais ce chiffre exceptionnel prouve que des hôtes arrivés pendant les mois précédents étaient encore en séjour en septembre dans nos hôtels alors que très peu de nouveaux

Hôteliers n'étaient pas excusables. L'arbitraire qui régnait dans une telle question ressort du fait que les instances judiciaires avaient attribué plus de poids à d'autres expressions dans les différentes annonces.

Le tribunal fédéral n'a pas été unanime au sujet du montant de la somme à accorder à titre de réparation morale et au sujet de la publication du jugement. Pour le montant de l'indemnité, la majorité a estimé que cette somme de fr. 5.000 représentait le maximum qui, étant données les circonstances, pouvait être accordé. Pour la publication du jugement, une minorité a estimé qu'on pouvait y renoncer, puisqu'il s'agissait d'un conflit vieux de 3 ans et que, depuis lors, les temps avaient tellement changé qu'il était peu opportun de rappeler tous ces faits.

A la Société Suisse des Hôteliers, nous avons toujours été d'avis que l'action relative à cette campagne de presse aurait dû être terminée depuis des années, car aucune des parties ne peut se targuer d'avoir obtenu un résultat pratique grâce à ce procès. L'Hôtel-Plan non plus. Toutes deux n'ont fait que dépenser de l'argent. L'Hôtel-Plan a prétendu et continue à prétendre qu'il a subi de gros dommages par suite des précédés employés par la Société Suisse des Hôteliers. De notre côté aussi, nous avons été gravement lésés par l'attitude de l'Hôtel-Plan et c'est un fait que l'hôtellerie souffre, encore aujourd'hui, de la baisse des prix qu'elle a dû opérer, en automne 1935, sous la pression de l'Hôtel-Plan. La grave perte que nous avons subie n'a plus pu être réparée depuis. La Société Suisse des Hôteliers a dû prendre son parti de cette perte, comme elle doit accepter le jugement du Tribunal fédéral, mais nous aimerions espérer que l'Hôtel-Plan fera de même et qu'à l'avenir, il ne mettra plus l'hôtellerie devant des faits qui lui portent préjudice et qui l'obligent à combattre.

venus y sont descendus. Il convient de rappeler que les sanatoriums logent un effectif quasi permanent d'hôtes étrangers plus ou moins stables.

La diminution du tourisme interne en septembre 1939 a été assez sensible quoique bien moins intense que la régression du tourisme étranger. Le nombre des arrivées des hôtes suisses a fléchi de 50 pour cent et celui des nuitées de 40 pour cent.

En dehors des régions de tourisme, le nombre des nuitées n'a diminué que de 6 pour cent. Ce résultat favorable est dû presque entièrement à l'Exposition nationale de Zurich. Le nombre des nuitées des hôtes suisses de 262.798 ne fut que de 123.406 plus élevé que durant l'été 1938. L'Exposition nationale n'a fait augmenter le taux d'occupation des lits que de 68,7 à 73,0 pour cent pour les deux raisons suivantes. D'une part, les nuitées des hôtes étrangers ont subi une régression de 40.074 tandis que, d'autre part, la capacité de logement des établissements zurichois a augmenté de 800 lits.

Les événements politiques ont agi très différemment dans les diverses régions de tourisme. C'est au Tessin et dans l'Obwald bernois que la régression des nombres de nuitées fut la plus forte tandis qu'elle resta pour les Grisons, ainsi que pour les régions de tourisme du lac Léman et des Alpes vaudoises, en-dessous de la moyenne suisse de 20 pour cent. Le tableau ci-dessous donne les renseignements nécessaires sur le développement du mouvement hôtelier dans les régions de tourisme durant le premier mois de la guerre.

Le Tessin a déjà enregistré une mauvaise saison de printemps. Jusqu'au mois d'août, le nombre des nuitées diminua encore davantage comparativement à l'année précédente, bien que le public suisse soit resté, à l'exception du mois de juin, fidèle à ce paradis climatique. Le développement des événements fut catastrophique pour le Tessin en septembre, mois de tourisme particulièrement important pour ce canton.

Tandis que le développement du mouvement hôtelier n'a en général pas été aussi défavorable pour les hôtes suisses que pour ceux de l'étranger, les résultats de septembre accusent un déficit sensiblement égal pour chacune des deux catégories. Cette situation regrettable fut aussi caractérisée par le nombre des arrivées. Durant le mois de septembre, par exemple, seulement 2.000 Suisses et 1.000 étrangers sont descendus dans les hôtels de Lugano alors que l'année passée en avait vu 12.000 de chacune de ces deux catégories d'hôtes.

Le taux d'occupation des lits qui était dans la métropole tessinoise, durant tout le mois d'été de l'an passé, de 62,5 est tombé à 35,5 pour cent. La diminution fut moins prononcée à Locarno et à Ascona.

Le mouvement hôtelier dans le courant de cet été critique se présente autrement dans l'Obwald bernois quoique le nombre des nuitées y ait diminué de 30 pour cent, c'est-à-dire presque autant qu'au Tessin.

Les bords du lac Léman constituent une région de tourisme qui est le pendant du Tessin; la fréquentation des hôtels y a cependant été moins atteinte par la crise européenne. La diminution du nombre de nuitées de 12 pour cent représente qu'un bon tiers de celle du canton méridional suisse. Dans les mois de juillet et août on a même compté plus de nuitées d'hôtes suisses que durant la période correspondante de l'année précédente. Si l'Exposition nationale a donné l'occasion de remplir les hôtels de Zurich, il en fut de même de l'Exposition du Prado qui a amené aux hôtels de Genève une clientèle supplémentaire et bienvenue. Dans cette ville, on a enregistré, pendant les deux mois désignés ci-dessus, 44.000 nuitées de plus que pendant les mêmes mois de l'année précédente; cet excédent s'est partagé également entre les deux catégories

d'hôtes. L'affluence des hôtes dans les hôtels lausannois s'est accrue de 4000 nuitées d'hôtes suisses; il n'est pas possible d'affirmer que cette amélioration fut une conséquence de l'événement artistique de Genève.

Le nombre des nuitées des hôtes étrangers fut rétrograde dans toute la région du lac Léman, bien que la force d'attraction de la Société des Nations s'exerce au delà des frontières nationales. Durant les mois de juin à août, le nombre des nuitées tomba de 10 pour cent au-dessous du taux de l'année précédente (Tessin 29 pour cent). La diminution de 35 pour cent enregistrée même pendant le mois de septembre (premier mois de la guerre) fut deux fois moins forte que celle de la Suisse méridionale.

Lorsqu'on examine le résultat d'ensemble de la saison d'été dans les trois principales villes de tourisme de la région, on arrive à la constatation suivante: Les conditions particulières à Genève accusent un taux d'occupation des lits de 60 pour cent contre 56 pour cent l'année passée. En revanche, le taux d'occupation des lits tomba à Lausanne de 51 à 47 pour cent et à Montreux même de 49 à 37 pour cent.

Les Grisons qui, au point de vue contrées climatiques, peuvent être comparés à l'Oberland bernois, n'enregistrent toutefois pendant la saison d'été de 1939 qu'une diminution de 17 pour cent du nombre des nuitées. Durant les mois de juin et juillet, le fléchissement du mouvement hôtelier n'y fut que de 4 pour cent pour les hôtes suisses et de 13 pour cent pour les hôtes étrangers. En août, le déficit s'affirma davantage, particulièrement celui des hôtes étrangers.

Dès le début de la guerre, le nombre des nuitées a relativement peu reculé dans les Grisons. Ceci s'explique par le caractère particulier de la plus importante station grisonne. Davos possède un fort contingent plus ou moins stable de malades. En réalité, le nombre des nuitées dans les établissements de Davos est resté durant le mois de septembre 1939 seulement de 10 pour cent inférieur au résultat correspondant de l'année précédente. Arosa, dont le nombre de visiteurs est effectivement moins élevé, a signalé un déficit de 24 pour cent.

Le nombre de nuitées dans les Alpes vaudoises a diminué de 18 pour cent, donc un peu plus que dans les Grisons. Malgré cela, le mouvement hôtelier pendant cet été fut, par rapport à celui de 1938, plus satisfaisant que dans la région rhétienne, aussi bien en ce qui concerne les hôtes suisses que ceux venus de l'étranger. Dans l'ensemble du tourisme en Suisse le recul du nombre des hôtes étrangers se manifesta d'une façon plus intense dans les Alpes vaudoises que dans les Grisons, région de tourisme davantage fréquentée par l'élément « national ». La régression générale constatée en septembre y fut particulièrement faible.

La raison de cette anomalie ainsi que de l'influence relativement faible de la tension politique sur la fréquentation des hôtels s'explique par le fait que la station climatique de Leysin

a un effectif d'hôtes à peu près stable. Le nombre des nuitées dans ses hôtels et sanatoriums fut en été 1939 seulement de 10 pour cent inférieur à celui de la période correspondante de l'année précédente. Les autres lieux de séjour des Alpes vaudoises accusent, en revanche, pour les nuitées un déficit de 30 pour cent.

En Valais, durant la saison d'été passée, on a enregistré 21 pour cent de nuitées de moins que pendant les mois de juin à septembre 1938. Dans les mois de juin et juillet, la régression fut minime et s'est sérieusement aggravée en août.

A Montana-Verma, avec 55 pour cent, le taux d'occupation des lits est resté aussi élevé que l'année précédente. En revanche ce taux a fléchi à Zermatt de 51 à 47 et dans la vallée de Saas de 57 à 42 pour cent.

Dans la Suisse centrale, notamment, le déficit considérable du nombre des hôtes étrangers, constaté tous les mois, a provoqué une diminution des nuitées de 25 pour cent durant l'été 1939. Le recul enregistré en août dans le tourisme interne fut minime comparativement à celui qui s'est produit en septembre.

Le nombre des nuitées des hôtes suisses aurait encore davantage fléchi en août si deux manifestations importantes (le tir fédéral en juin et la semaine internationale de musique en août) n'avaient attiré de nombreux hôtes à Lucerne.

La région du Jura accuse, comme celle du Santsi, durant la Saison d'été 1939 un nombre de nuitées de 23 pour cent inférieur à celui de la période correspondante de l'année précédente. Une légère aggravation se fait sentir en juin et juillet. En septembre, la diminution du nombre des nuitées est de 43 pour cent pour les hôtes suisses et de 60 pour cent pour les étrangers.

De nos Associations

Società Albergatori di Locarno e Dintorni

Quest'Associazione ha tenuto giovedì scorso nel pomeriggio una sua riunione generale straordinaria facoltativa all'Albergo Terminus in Murialto.

I presenti erano assai numerosi: la crisi che colpisce questa industria stringe vieppiù gli associati attorno alla loro organizzazione nella speranza — certamente non vana — di trovare consigli, appoggi, guida.

Il Comitato ha orientato estesamente i suoi membri sul lavoro intenso svolto in queste ultime settimane, e nell'interesse della classe alberghiera.

Venne fatto una speciale esposizione sulle pratiche in corso presso le lod. Autorità, ed una estesa discussione venne svolta sul razionamento delle derrate alimentari.

In punto al razionamento viveri degli Alberghi vennero date ai presenti utilissime informazioni; in generale è risultato che il sistema adottato sinora non ha dato luogo a incon-

venienti, del che va reso lode allo speciale Ufficio Cantonale dell'Economia di guerra.

Il signor Alfredo Fanciola è stato designato quale membro, in rappresentanza della nostra regione, (sig. G. Pampaluchi supplente) della Istituzione speciale. Commissione Cantonale per l'essame e preavviso sulle istanze per riduzione tasse patenti.

Alle eventuali, molti dei presenti rilevata l'azione svolta da enti e dalle Autorità e bene appoggiata dalla stampa, nel senso di ottenere speciali concessioni ferroviarie, fanno voti che per la prossima stagione primaverile siano introdotti speciali biglietti Svizzera-Ticino a prezzo ridotto.

Traffic et Tourisme

Le prochain horaire des C.F.F.

Les CFF viennent de terminer l'élaboration du projet d'horaire 1940-1941, qui entrera en vigueur le 19 mai prochain. Ce projet sera soumis pour enquête publique aux autorités cantonales au début de ce semestre. Ces derniers pourront faire parvenir leurs observations, désirs de modifications ou suggestions à la Direction générale des CFF jusqu'au 26 janvier. Celle-ci, de son côté, a jusqu'au 16 février pour y répondre. Les recours éventuels seront alors tranchés par le chef du Département fédéral des chemins de fer.

D'après nos renseignements, le nouvel horaire comporterait de notables améliorations vis-à-vis de celui actuellement en vigueur. L'introduction de nouveaux trains légers, si appréciés du public-vo voyageur, est prévue. Plusieurs correspondances seront améliorées. Les trains internationaux seront maintenus pour autant que les circonstances le permettront. Les trains légers du matin et du soir entre Genève et Zurich via Lausanne et Berne qui, depuis l'ouverture de l'Exposition nationale, circulent aussi le dimanche, subsisteront également. On sait qu'ils rendent de grands services au public. Enfin, innovation que les Romands apprécieront tout particulièrement, une nouvelle paire de trains express entre Genève et Berne est prévue dans le courant de l'après-midi. Au total, le nouvel horaire prévoit une augmentation de près de 800.000 km.-locomotive.

Il est équitable, à cette occasion, de reconnaître le souci constant de la Direction générale des CFF d'améliorer l'horaire. Ses efforts ont surtout visé ces derniers temps à augmenter la densité de l'horaire par l'introduction, notamment, de trains légers rapides. Ces innovations d'ordre technique qui tendent à rendre les communications ferroviaires plus souples et plus conformes aux besoins du public, ont été accueillies avec faveur. Elles montrent aussi que dans ce domaine, les CCF ne sont pas un organisme trop rigide, incapable de s'adapter aux exigences du trafic moderne.

Il faut se féliciter de voir de tels efforts faits en Suisse au moment même où l'on apprend qu'en Allemagne le trafic des voyageurs devient de plus en plus difficile. De nombreux express et trains de voyageurs ont été supprimés ou réduits, à partir du 15 janvier, les prix des billets seront augmentés et tous les billets spéciaux à prix réduits supprimés. Dans les trains express, le supplément exigé sera de 3 marks au minimum en 1ère et 2ème classes et de 1.50 mark en 3ème classe.

Les chemins de fer Territet-Glion et Glion-Rochers de Naye en 1939

Les chemins de fer de Territet-Glion et Glion-Rochers de Naye viennent de publier leurs résultats d'exploitation pour 1939. Les événements internationaux ont eu de fâcheuses répercussions sur le trafic général et les résultats de chaque trimestre accusent une sensible diminution par rapport à l'année précédente. Le Territet-Glion a transporté 180.134 voyageurs (220.497 en 1938), et les recettes totales ont passé de fr. 110.697.— en 1938 à fr. 86.925.— en 1939. Pour le chemin de fer Glion-Rochers de Naye, la différence est encore plus marquée, le nombre des voyageurs a passé de 151.231 en 1938 à 112.977 en 1939, et les recettes totales de fr. 219.505.— à fr. 145.122.—.

Petites Nouvelles

A propos des caisses de compensation

Les discussions qui ont lieu entre l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail et les associations professionnelles intéressées, au sujet des instructions spéciales qui seront applicables à l'industrie hôtelière ne sont pas encore arrivées à terme, mais on peut compter que nos autorités ratifieront bientôt l'accord en question. Sitôt que nous serons en possession de ces instructions nous en ferons part à nos membres et nous leurs donnerons des directives à ce sujet.

Comme la Société suisse des hôteliers ne crée pas de caisse de compensation spéciale pour l'hôtellerie, il est recommandé à nos membres de s'affilier aux caisses locales ou régionales de l'artisanat et de l'industrie; il serait préférable encore que les sections entières s'affilient à une même caisse.

NEUCHÂTEL CHÂTENAY
la marque des bons hôtels...

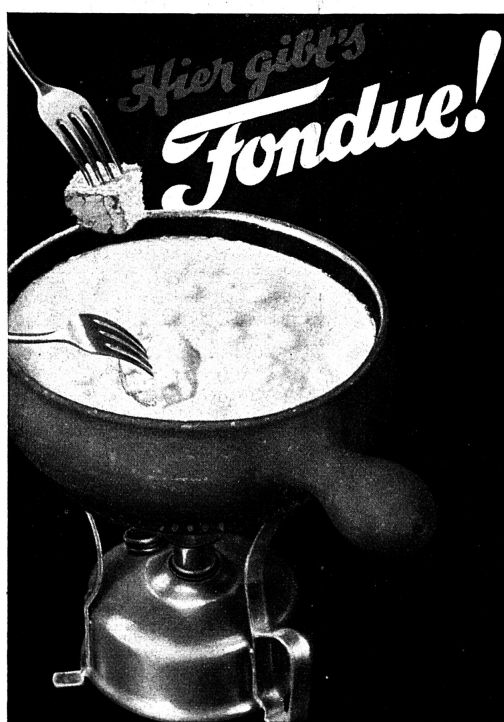


Auch Ihre kleinsten Wünsche schätzen wir. Bitte verfügen Sie über uns.

Schuster
Teppichhaus St. Gallen Zürich

Weil er LEISTUNGSFÄHIGER IST

kaufen unsere Mitglieder beim inserierenden Lieferanten!



Servieren Sie Fondue?

Wir wollen Sie dabei mit einem künstlerischen, farbigen Innenplakat (30 x 42 cm) fertig zum Aufhängen für Gaststube u. Fenster unterstützen.

Sie erhalten das Reklamebild mit erprobten **Fondue-Rezepten** in soviel Exemplaren als Sie benötigen **gratis u. franko zugestellt**.

Schreiben Sie an die

Schweizerische Milchkommission, Bern
Propagandazentrale, Laupenstrasse 12

Fräulein, im Hotelfach bewandert, sucht Stelle als **Stütze des Patrons**
Sprachenkundig. Offerten unter Chiffre Fc 5369 Z an Publicitas A. G., Zürich 1.

Wenn Sie Hotel-Mobiliar oder technische Einrichtungen zu kaufen suchen oder zu verkaufen haben, so lassen Sie eine Annonce in der Schweizer Hotel-Revue erscheinen.



Die vorzüglichen **RUFF-WÜRSTLI**
Eine ideale Reserve für Stossbetrieb. Kein Verlust. Sofort tischfertig. Jeder Restaurateur sollte einige Dosen dieser hervorragenden Würstli in Vorrat halten. Prompter Versand in Dosen in verschiedenen Grössen. Qualitätsvergleiche überzeugen!
Verlangen Sie bitte unsere Preislisten über vorteilhafte Konserven für Hotels und Restaurants.

RUFF
Wurst- und Konservfabrik ZÜRICH

Tausche
meine Mehrfam.-Häuser (5% Rendite) und Bauland gegen

Hotel oder Restaurant
Offerten an Chiffre O.F. 9141 A. an Orelli Füssli-Annancen, Basel.

Für intelligenten Wirtswissen mit guten Kenntnissen der deutschen Sprache wird

Kochlehrstelle gesucht
In ersk. Jahresbetrieb der deutschen Schweiz. Eintritt sofort od. nach Uebersiedlung. Geff. Offert. an Mr. O. Mathieu, Brasserie de la Poste, 57, Rue du Sand, Genève.

Grand Marnier
Liqueur Mondiale

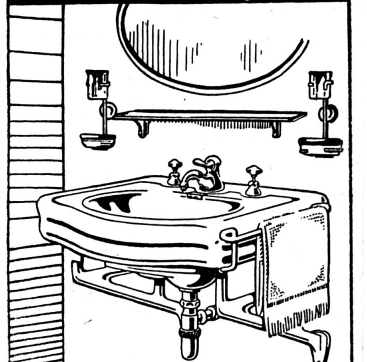
Agence générale: JEAN HAECKY IMPORTATION S.A., BALE

Gesucht für 17jährigen, begabten Jüngling mit 3jähriger Sekundarschulbildung u. einjährigem Welschländaufenthalt

Kochlehrstelle

auf den Frühling 1940 in Hotelbetrieb. Der Jüngling kann bestens empfohlen werden. Nähere Auskunft erteilt gerne E. Jucker, Betriebsberater, Schlossberg Ruti (Zch.).

TROESCH'S HOTEL-ZIMMER-TOILETTE Triumph



Überreich in Eleganz und Qualität

TROESCH & Co, A.-G.
BERN - ZÜRICH - ANTWERPEN